



POLITIK / KOMMENTAR

Corona, Brasilien - erst kleingeredet, dann mißbraucht ...

(SB) - Jair Messias Bolsonaro wurde Ende 2018 zum brasilianischen Präsidenten gewählt, nachdem er versprochen hatte, "Extreme" zu "beseitigen". Unterstützt von Großgrundbesitzern, Militärs, Evangelikalen, Bankiers und Investoren macht er sich daran, eine so radikale ideologische Kehrtwende durchzusetzen, wie sie noch nicht einmal die Generäle während der Militärdiktatur in den 1960er bis 1980er Jahren angestrebt haben ... (S. 5)

POLITIK / MEINUNGEN

Schuldenlast - nur zur Rettung des herrschenden Systems ...

(SB) - Die ärmeren Länder verwenden einen erheblichen Teil ihrer Staatseinnahmen darauf, ihre Schulden zurückzuzahlen. Jetzt haben die beiden Finanzinstitutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) vorgeschlagen, daß die Entwicklungsländer ihren Schuldendienst vorübergehend aussetzen dürfen, damit sie mehr Mittel zur Bekämpfung der Coronaviruspandemie zur Verfügung haben. [1]

Der Vorschlag ist nicht so freundlich gemeint, wie er vorgibt zu sein, zeigt sich darin doch eine bewährte Herrschaftspraxis ... (S. 10)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Immobilienwirtschaft an den Kosten der Corona-Krise beteiligen

Nachricht vom 3. April 2020

Zum Schutz von Mieter*innen hat die Bundesregierung ein Gesetz [1] auf den Weg gebracht, das Kündigungen aufgrund von corona-bedingten Mietausfällen zwischen April und Juni 2020 ausschließt. Die Mietschulden bleiben aber bestehen und sollen bis Juni 2022 beglichen werden.

Dies wird für viele Mieter*innen nicht möglich sein. Auch der Vorschlag [2] des Deutschen Mieterbundes gemeinsam mit dem Verband der deutschen Wohnungswirtschaft, einen staatlichen Hilfsfonds zur Übernahme der Mietschulden einzurichten, greift zu kurz. Dadurch würden die Kosten über Steuerzahlungen ausschließlich von der Allgemeinheit getragen, während die Immobilienwirtschaft nicht beteiligt würde.

Die 157 unterzeichnenden Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen, die sich mit der Wohnungsfrage beschäftigen, fordern dagegen corona-bedingte Mietschulden zu erlassen und gleichzeitig eine Härtefallregelung mit staatlichem Hilfsfonds für Vermieter*innen einzuführen, die drohen in die Insolvenz zu geraten.

Als Sofortmaßnahme fordern die Wissenschaftler*innen ein Moratorium von Kündigungen, Zwangsräumungen, Mieterhöhungen, Energie- und Wassersperren für Wohn- und Gewerbemieter*innen sowie die Unterbringung von Obdachlosen in Hotels und leerstehenden Wohnungen.

*

Offener Brief von Wissenschaftler*innen zur Wohnungsfrage in Zeiten von Corona

Veröffentlicht am 2020-03-27

In der Corona-Pandemie wird wieder einmal deutlich, was das Zuhause für viele bedeutet: Es ist sicherer Rückzugsort, Ort der Gemeinschaft und - jetzt noch mehr als sonst - auch Ort des Arbeitens. Doch viele Menschen müssen durch die Auswirkungen der Corona-Krise nun um ihr Zuhause fürchten - sofern sie überhaupt eines haben -, weil sie ihre Miete nicht bezahlen können. Die Folgen der Corona-Krise treffen nicht alle Menschen gleich stark: Selbstständige verlieren ihr Ein-

kommen teilweise ganz, für Angestellte mit niedrigen Einkommen bedeutet eine Reduzierung im Rahmen des Kurzarbeitergeldes, dass sie ihre Lebenshaltungskosten nicht mehr stemmen können, und für Menschen ohne Wohnung stellt sich zwar nicht die Frage nach Mietzahlungen, dafür aber nach erhöhter Ansteckungsgefahr in Unterkünften und bei Notübernachtungen. Auch Gewerbetreibende können ihre laufenden Kosten wie Mietzahlungen bei Einkommenseinbußen nicht begleichen.

Bei all diesen Problemen stellt sich die Frage: Wer zahlt für ihre Lösung? Die Bundesregierung hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, das Kündigungen aufgrund von corona-bedingten Mietausfällen zwischen April und Juni 2020 ausschließt. Die Mietschulden bleiben aber bestehen und sollen bis Juni 2022 beglichen werden. Wer soll sie übernehmen? Wohn- und Gewerbetrieber*innen werden nach dem Ende der Pandemie sicherlich nicht über ein höheres Einkommen verfügen, durch das sie die aufgelaufenen Mietrückstände abtragen könnten. Auch der Vorschlag, einen staatlichen Hilfsfond zur Übernahme der Mietschulden einzurichten, greift zu kurz. Warum sollte vor allem die Allgemeinheit über Steuerzahlungen für die Kosten aufkommen? Vielmehr muss auch die Immobilienwirtschaft unmittelbar beteiligt und Mietschulden erlassen werden. Darüber hinaus ist eine Härtefallregelung für Vermieter*innen einzuführen: Sollten sie aufgrund ausbleibender Mietzahlungen in die Insolvenz geraten oder nachweislich nicht in der Lage sein, Kredite zu bedienen, können sie die Rückzahlung dieser Kredite stunden. Sollten sie auch in Zukunft nicht in der Lage sein,

die ausgefallenen Kreditraten zurückzahlen, können sie einen Härtefallantrag bei einem einzurichtenden Hilfsfond stellen. So werden Vermieter*innen und die Allgemeinheit der Steuerzahlenden gleichermaßen an den Kosten der Krise beteiligt, während gleichzeitig vermieden wird, dass Anbieter*innen von bezahlbarem Wohnraum, wie etwa Genossenschaften oder kommunale Unternehmen, in die Insolvenz getrieben werden, weil gerade sie knapp kalkulieren müssen.

Als Wissenschaftler*innen aus ganz unterschiedlichen Disziplinen beschäftigen wir uns mit Fragen der sozial gerechten Wohnraumversorgung. Unsere Vorschläge für einen Umgang mit der Wohnungsfrage in Zeiten der Corona-Krise - und darüber hinaus - sind:

*Sofortiges **Moratorium** von Kündigungen, Zwangsräumungen, Mieterhöhungen, Energie- und Wassersperren für Wohn- und Gewerbetrieber*innen*

***Wohnungs- und Obdachlose in Hotels und leeren Wohnungen unterbringen:** Menschen in Unterkünften - in Notunterkünften für Geflüchtete, in Notübernachtungen für Obdachlose oder anderen Formen der Unterbringung - sind besonders der Ansteckung mit Covid-19 ausgesetzt, genauso wie Menschen, die dort arbeiten. Gleichzeitig stehen zahlreiche Hotelzimmer und Wohnungen leer, die eine Einzelunterbringung ermöglichen. Die Ausfälle von Einnahmen bei Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe müssen ersetzt werden.*

***Mieter*innen langfristig schützen:** Durch die Corona-Krise an-*

*fallende Mietschulden müssen nicht zu einem späteren Zeitpunkt gezahlt werden, sondern werden durch die Immobilienwirtschaft getragen und, sofern dies nachweislich nicht möglich ist, durch einen einzurichtenden Hilfsfonds, an den sich in Not geratene Vermieter*innen wenden können.*

Gewerbetreibende bei Verdienstausschlag unterstützen: Ebenso wie der Ausfall von Wohnmietzahlungen darf auch das Ausbleiben der Zahlung von Gewerbemieten kein Grund für Kündigung sein.

Der offener Brief von Wissenschaftler*innen zur Wohnungsfrage in Zeiten von Corona mit Unterzeichnern ist zu finden unter: <https://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/announcement/view/72>

Anmerkungen:

[1] <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/181/1918110.pdf>

[2] <https://www.mieterbund.de/presse/pressemeldung-detailansicht/article/55328-kuendigungsausschluss-bei-mietzahlungsverzug-aufgrund-der-corona-krise.html>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 - <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmof0101.html>

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Nachricht vom 3. April 2020

Rüstungsmilliarden ins heruntergewirtschaftete Gesundheitssystem umleiten

Erklärung von der online Aktionskonferenz:

"Wir machen weiter - Nein zu Krieg und Kriegsmanövern!" vom 23. März 2020

Leider waren es nicht unsere Proteste, die Defender 2020 gestoppt haben, sondern das Coronavirus.

Trotzdem haben wir mit diesen Protesten erstmals eine bundesweite Öffentlichkeit gegen ein Militärmanöver geschaffen. Die ersten Aktionen waren kreativ, bunt, vielfältig - wenn sie auch größer hätten sein können. Neue Friedensinitiativen wurden gegründet, alte reaktiviert, viele neue Aktive kamen zusammen - besonders im Osten.

Die getroffenen Vorbereitungen waren die größte Aktionsplanung der Friedensbewegung seit 2003. Das sollte uns für die Zukunft optimistisch stimmen.

Die Verbreitung des Corona-Virus in Europa zwang die Verantwortlichen von US-Army, NATO und Bundeswehr zur Aussetzung bzw. zur Absage des Großmanövers. Genaue Informationen zur weiteren Abwicklung sind schwer erhältlich. Ungeachtet der in diesem Punkt erfreulichen aktuellen Entwicklung ist Widerstand gegen die zunehmende Militarisierung unbedingt notwendig.

Defender ist als jährliches Manöver geplant, wobei der Schwer-

punkt zwischen Europa mit Zielrichtung Russland und dem Pazifik mit Zielrichtung China wechseln soll. Auch außerhalb von Defender werden z.B. mit den Truppenrotationen im Rahmen von Atlantic Resolve Verlegungen in die baltischen Staaten in Größenordnungen geprobt, die teilweise neugeschaffene Infrastruktur und das Funktionieren der zivil-militärischen Zusammenarbeit getestet. Dagegen braucht es kontinuierliche Proteste.

2021 jährt sich der 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion. Die Konsequenz dieses Überfalls und des Sieges über den Faschismus kann nur in kooperativen Beziehungen und Freundschaft mit Russland liegen. Eine Politik der gemeinsamen Sicherheit ist die Alternative zu Kriegsmanövern und Konfrontation der NATO. Die NATO als aggressives Militärbündnis muss aufgelöst werden.

Bei den zu erwartenden Kosten zur Behebung der Folgen der Corona-Krise ist die beim Widerstand gegen Defender geschaffene gesellschaftliche Breite aus neuen und alten Aktiven, Klimabewegung, Kirchen, Gewerkschaften und Teilen der

Parteien erforderlich, um die Politik europaweit unter Druck zu setzen, das NATO-Ziel von 2% des BIP für den Militärhaushalt zu kippen. Die Rüstungsmilliarden werden dringend für das heruntergewirtschaftete Gesundheitssystem, die Folgen der Klimakatastrophe und für Flüchtlinge benötigt. Die Gelegenheit ist günstig, öffentlich Druck auf Neoliberale und Rüstungslobbyisten zu machen und von der Politik im Wahljahr 2021 konkrete Schritte in Richtung "Abrüsten statt Aufrüsten" zu fordern. Es geht gerade angesichts der Rezession noch stärker um die Grundfrage: Kanonen und Panzer oder Bildung, Soziales und Gesundheit! Beides zugleich gibt es nicht!

Abrüstung und Schritte gegen die innere Militarisierung u.a. durch verstärkte Diskussionen über die Bundeswehr im Inneren sind Kernherausforderungen für die Friedensbewegung

Wir machen weiter und bereiten verstärkte Aktionen für 2021 vor. Dazu gehören als erste und wichtige Schritte:

- Wir werden die Infrastruktur aufrechterhalten sowohl vor Ort,

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

in der Region als auch die Vernetzung Antidef2020

- Wir werden uns weiterhin regional treffen und die Webseite fortsetzen. Für Herbst 2020 planen wir eine Aktionskonferenz für die Vorbereitung unserer Proteste gegen das Kriegsmanöver 2021

- Wir werden in den nächsten Monaten versuchen, unsere länderübergreifende Zusammenarbeit mit Friedensfreundinnen und -freunden gerade der östlichen Nachbarn zu stärken und für 2021 zu gemeinsamen Aktionen zu kommen

- Wir werden uns mit Anti Defender-Inhalten an den Aktionen der Friedensbewegung im Herbst 2020 beteiligen, u.a. an den Aktivitäten zum Weltfriedenstag am 1. September, dem International Peace Day der UNO am 21. September und der Demonstration von Stopp Airbase Ramstein in Berlin.

Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn Frieden ist der Weg.
(Mohandas Karamchand Gandhi)

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0441.html>

pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Bolsonaro, das Coronavirus und der Amazonas

von José Díaz

Die indigene Bevölkerung ist im Hinblick auf das Coronavirus einem großen Risiko ausgesetzt. Doch Präsident Bolsonaro leugnet die Gefahr.

(São Paulo, 23. März 2020, Servindi) - Der brasilianische Präsident unterschätzt die Auswirkungen der Pandemie in seinem Land und setzt dadurch die indigene Bevölkerung im Amazonasgebiet einem großen Risiko aus. Darüber hinaus führt die evangelische Kirche weiterhin ihre Missionierungsarbeit fort, ungeachtet der Anordnung des Vatikans, dies zu unterlassen.

Innerhalb der letzten Tage hat sich das Coronavirus, auch COVID-19 genannt, beunruhigend schnell in einigen Regionen Lateinamerikas ausgebreitet. Besonders gefährdet ist das Amazonasgebiet, da in der Region eine stabile Gesundheitsversorgung fehlt. Somit ist vor allem die indigene Bevölkerung im Hinblick auf das Coronavirus einem großen Risiko ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund ist die Beteiligung aller nationalen Regierungen, deren Länder Teile des riesigen Amazonasgebiets einschließen, unerlässlich. Jedoch ging Brasilien, in dem sich der größte Teil der Amazonasregion befindet, bis-

lang nicht mit guten Beispiel voran. Vielmehr hat der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro das Risiko und die Auswirkungen der Pandemie in seinem Land stark unterschätzt. Aufgrund fehlender Maßnahmen seitens der Regierung Bolsonaros ergriff der Gouverneur von São Paulo, Joao Doria, selbst die Initiative und verhängte die Quarantäne in der Stadt. Der Präsident bezeichnete ihn daraufhin als "Irren", obwohl bereits erste Verdachtsfälle einer COVID-19-Infektion innerhalb des Kabinetts bestätigt wurden. Bis zum Abend des 3. April wurden in Brasilien 8.066 Personen positiv auf das Virus getestet und 327 Todesfälle gezählt. Demnach ist Brasilien das Land mit der höchsten Zahl an Infizierten und Todesopfern in Lateinamerika. Die Einstellung des Präsidenten hat sich jedoch auch vor dem Hintergrund dieser Zahlen nicht geändert.

Der Amazonas in Gefahr

Doch wie die Zahlen von RED-PAM, dem Netzwerk der katholischen Kirche im Amazonasgebiet, prognostizieren, dürften die Menschen die Auswirkungen der Pandemie hier am stärksten zu spüren bekommen. Hinzu kommt,

POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

Corona, Brasilien -

erst kleingeredet, dann mißbraucht ...

dass Präsident Bolsonaro im brasilianischen Teil des Amazonas weiter die industriellen Großprojekte vorantreibt, was die Lage noch verschlimmern dürfte. Auch die evangelische Bischofskonferenz in Brasilien hat die Missionierung und Indoktrination der indigenen Bevölkerung im Amazonas aufgrund der aktuellen Notlage durch die Pandemie bislang nicht eingestellt, trotz der Aufforderung des Vatikans, solche Aktivitäten zunächst zu unterlassen. Indem die Missionare ihrer Evangelisierungskampagne in den abgelegenen indigenen Gemeinden weiter fortführen, erhöht sich die Ansteckungsgefahr im Amazonasgebiet und das Risiko für die indigenen Gemeinden deutlich. Droht nun ein erneuter Genozid an der indigenen Bevölkerung Südamerikas?

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/bolsonaro-das-coronavirus-und-der-amazonas/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1963.html>

Das ist eine Form von Klassenkampf. Die so genannte herrschende Klasse war in der Regierungszeit von Lula und Dilma etwas ins Hintertreffen geraten und sieht in Bolsonaro jemanden, der ihr den angestammten Platz im Machtgefüge zurückbringen und Brasilien von jeder Form von fortschrittlichem Denken "reinigen" wird.

Bernardo Carvalho (Brasilianischer Schriftsteller und Publizist) [1]

(SB) 6. April 2020 - Jair Messias Bolsonaro wurde Ende 2018 zum brasilianischen Präsidenten gewählt, nachdem er versprochen hatte, "Extreme" zu "beseitigen". Unterstützt von Großgrundbesitzern, Militärs, Evangelikalen, Bankiers und Investoren macht er sich daran, eine so radikale ideologische Kehrtwende durchzusetzen, wie sie noch nicht einmal die Generäle während der Militärdiktatur in den 1960er bis 1980er Jahren angestrebt haben. Angesichts der Entwicklungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador und der Kirchner in Argentinien wurde in der jüngeren Vergangenheit das Phantasma einer kommunistischen Bedrohung in Lateinamerika in die Welt gesetzt, die auch Brasilien umzingele und in dessen Inneren von Lula da Silva und Dilma Rousseff betrieben werde. Wenngleich sich die Situation angesichts eines massiven Rollbacks

längst verändert hat, halten die brasilianischen Eliten an diesem Konstrukt fest, um ihr Regime der Ausbeutung und Verfügung uneingeschränkt zu exekutieren.

Bolsonaro, der als Hauptmann der Fallschirmjäger nicht der Großbourgeoisie angehört, ähnelt in seinem heftig oszillierenden Auftreten nicht von ungefähr seinem großen Vorbild Donald Trump. In einer Mischung aus Machthaber und Marionette der einflußreichsten Kreise des Landes verspricht er diesen, ihre Privilegien uneingeschränkt wiederherzustellen und ihrer Sklavenhaltermentalität freie Bahn zu schaffen. Sein Kampf richtet sich gegen all das, was er als "marxistische Kultur" bezeichnet, also jegliche Institutionen und Quellen unabhängigen Denkens. Er höhlt das Justizwesen aus, greift die Pressefreiheit an, befeuert rassistische Übergriffe, schleift soziale Reformen und gibt den Amazonasregenwald zur ungehinderten Ausplünderung frei. Nie zuvor seit der Militärdiktatur wurde ein Konter der Bourgeoisie so weitreichend und in derart kurzen Fristen durchgetragen.

Dabei kam Bolsonaro zustatten, daß wie so oft in Brasilien eine ursprünglich sozialkämpferische Bewegung wie die Schülerproteste gegen die Bildungsreform 2013 von reaktionären Strömungen okkupiert und zu Demonstra-

tionen für das Impeachment gegen Dilma Rousseff umfunktionierte, die dann in einem kalten Putsch des Amtes entthronen werden konnte. Eine Massenbewegung gegen die Arbeiterpartei hielt die Anhängerschaft Lulas in Schach, der als aussichtsreichster Präsidentschaftskandidat mittels eines politischen Prozesses verurteilt, inhaftiert und somit aus dem Weg geschafft wurde. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte in ihren vierzehn Jahren an der Regierung bedeutende Sozialreformen auf den Weg gebracht und angesichts hoher Rohstoffpreise zugleich die Wirtschaftseliten zufriedengestellt, wobei auch die PT tief in Korruption und Kollaboration verstrickt war. Lulas reformerischer Gegenentwurf zum sogenannten Sozialismus des 21. Jahrhunderts, wie ihn insbesondere Hugo Chavez verkörperte, galt befristet als Erfolgsmodell einer sozialen Verbesserung, ohne an den gesellschaftlichen Verhältnissen zu rühren. Dies schwächte die brasilianische Linke in hohem Maße und führte dazu, daß heute, anders als etwa in Chile, Argentinien, Mexiko oder Peru, in Brasilien keine oppositionelle Massenbewegung existiert, die einen längeren Atem hätte.

Bolsonaro ist aus der katholischen Kirche ausgetreten und ließ sich 2016 von einem evangelikalen Pastor im Jordan neu taufen. Sein Pakt mit den mächtigen Evangelikalen, die ein Wählerpotential von 30 Prozent und 30 Abgeordnete im Parlament sitzen haben, so daß an ihnen niemand mehr vorbeikommt, ist, wiederum vergleichbar mit Trump, ein wesentlicher Rückhalt des brasilianischen Präsidenten. Er dankt es

ihnen mit seiner Repression gegen progressive wissenschaftliche Projekte und Bildungsreformen wie auch individuelle Freiheitsrechte von Minderheiten. Ob er tatsächlich auf die zutiefst reaktionären Einflüsterungen der Kreise hört, mit denen er sich umgibt, oder als extremer Opportunist heute verkündet und morgen verwirft, ganz wie es seinem Kalkül zupaß kommt, ändert unter dem Strich nichts daran, daß er ein höchst gefährlicher Staatschef ist, die unabsehbare, womöglich sogar unumkehrbare Zerstörungsprozesse forciert.

Wie mächtig Bolsonaro in seinem Amt und doch zugleich ersetzbar ist, sollte er nach Einschätzung der brasilianischen Eliten aus dem Ruder laufen, unterstreicht seine jüngste Kehrtwende im Umgang mit der Corona-Pandemie. Diese Krise wird offensichtlich als gravierende Bedrohung der Ökonomie eingeschätzt - zu gefährlich, um den dilettierenden Präsidenten nicht zurückzupfeifen. Dieser hatte zuvor wiederholt eine "Hysterie" um das Virus angeprangert, die von dem Erreger ausgelöste Lungenkrankheit Covid-19 in einer Fernsehansprache als "kleine Grippe" heruntergespielt und den Sinn der von zahlreichen brasilianischen Regional- und Kommunalbehörden im Kampf gegen das Virus erlassenen Restriktionen in Zweifel gezogen. In Videos forderte er die Menschen zum Weiterarbeiten auf. Nur wer über 65 Jahre alt sei, solle zu Hause bleiben. Umstehenden und Journalisten erklärte er, daß das Land mit 60 bis 70 Prozent Infizierten immun werde und ein Medikament gegen die Krankheit "bereits eine Realität" sei, wie er ohne jeden Beleg behauptete.

Nicht nur mit seinen maßlos verhängnisvollen Äußerungen, sondern auch seinem persönlichen Verhalten hatte Bolsonaro viel Kritik auf sich gezogen. Der Präsident und sein Sohn Flavio verbreiteten über Facebook ein Video, das einen Autokorso zeigte, dessen Teilnehmer die Wiedereröffnung von Geschäften und Schulen im südlichen Bundesstaat Santa Catarina bejubelten. Zudem teilten Jair und Flavio Bolsonaro ein Video der umstrittenen Kampagne. In dem Clip werden die Menschen aufgerufen, ihrem Alltag trotz der Coronavirus-Pandemie weiterhin nachzugehen. Bolsonaro inszenierte sich als Präsident "zum Anfassen" und unternahm einen Ausflug zu noch geöffneten Geschäften, besuchte einen Supermarkt, schüttelte Hände auf der Straße und posierte mit Anhängern für Selfies. Dabei hatte sein Gesundheitsminister Luiz Henrique Mandetta gerade am Tag zuvor die Bevölkerung aufgerufen, zu Hause zu bleiben und die Kontakte einzuschränken, um der weiteren Ausbreitung des Coronavirus entgegenzuwirken. Auf Anordnung des Gouverneurs sind im Hauptstadtdistrikt seit dem 19. März die Kirchen sowie die meisten Geschäfte, Bars und Restaurants geschlossen.

Als sich jedoch nicht mehr verheimlichen ließ, daß Brasilien das von der Pandemie am härtesten betroffene Land in Lateinamerika ist, wuchs der Widerstand gegen Bolsonaro. São Paulos Gouverneur João Doria von der großbürgerlichen PSDB warf ihm vor, das Land "zu spalten, statt zu regieren". Eine "Politik, die Leute tötet, rettet nicht die Wirtschaft", erklärte der Gouverneur. Auf

Druck der linken Opposition verabschiedete der Kongreß ein Programm, in dem eine monatliche Nothilfe in Höhe von umgerechnet 106 Euro für von der Corona-Krise betroffene Erwerbslose, Niedriglöhner und informell Beschäftigte vorgesehen ist. Familien und alleinstehende Mütter sollen das Doppelte erhalten.

Zwei über den offiziellen Twitter-Kanal des Präsidenten verbreitete Videos von seinem Ausflug wurden von dem Kurzbotschaftendienst wenig später gelöscht. Sie verstießen gegen dessen Regeln, durch die Beiträge verhindert werden sollen, die die von Wissenschaftlern und Gesundheitsbehörden empfohlenen Maßnahmen gegen die Verbreitung des neuen Coronavirus zu untergraben versuchen, hieß es zur Begründung. Zudem untersagte ein Gericht in Rio de Janeiro dem Präsidenten, Empfehlungen gegen Ausgangsbeschränkungen aufgrund des Coronavirus zu verbreiten. Regierungsvertreter und mit ihnen in Verbindung stehende Personen müßten es unterlassen, Informationen zum Coronavirus ohne wissenschaftliche Grundlage zu verbreiten oder "agitatorisch" einzusetzen. Die Kampagne "Brasilien darf nicht stillstehen" halte wissenschaftlichen Kriterien nicht stand und sei einzustellen. Auch stoppten Richter ein Dekret des Präsidenten, in dem Kirchen und andere Gotteshäuser von den in einigen Bundesstaaten geltenden Ausgangsbeschränkungen wegen der Pandemie ausgenommen wurden. [2]

Mit seinem Kurs gegen einen Lockdown hatte sich Bolsonaro derart isoliert, daß sich Medienberichten zufolge hohe Vertreter

des Militärs trafen und dem Vizepräsidenten, General Hamilton Mourao, Unterstützung für den Fall einer Ablösung Bolsonaros signalisierten. Diese Drohung veranlaßte Bolsonaro endlich zu einer Kehrtwende. In seiner vierten Fernsehansprache zur Corona-Krise gab er sich ungewohnt empathisch und erklärte: "Das Virus ist eine Realität. Wir stehen vor einer der größten Herausforderungen unserer Generation." Er mache sich Sorgen um das Leben, aber auch um den Erhalt der Arbeitsplätze. Das Mittel gegen die Pandemie könne nicht schlimmer als deren Auswirkungen sein, plädierte er trotz seines demonstrativen Einlenkens für eine rasche Rückkehr zur Normalität im öffentlichen Leben. "Was wird mit dem Straßenverkäufer, der Haushaltshilfe und anderen Selbständigen, mit denen ich während meines ganzen öffentlichen Lebens Kontakt halte?", fragte Bolsonaro, als sei er ein Anwalt der einfachen Leute. Mehr als 40 Prozent der Brasilianer gehen einer informellen Arbeit nach und haben kaum Rücklagen. [3]

Der Schwerpunkt der Epidemie liegt im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Sao Paulo. Die Mehrheit der Menschen ist auf das mangelhafte und unterfinanzierte öffentliche Gesundheitssystem SUS angewiesen. Wegen des eklatanten Ärztemangels in den ärmeren Gebieten und im Hinterland hatten unter der Präsidentin Dilma Rousseff seit 2013 insgesamt etwa 11.000 Mediziner aus Kuba im Rahmen des Programms "Mehr Ärzte" die gesundheitliche Versorgung zahlloser Menschen gesichert. Bolsonaro erklärte sie zu Spionen und zwang Havanna Ende 2018 zum

Abzug der Spezialisten. Die so gerissenen Lücken konnten bis heute nicht geschlossen werden. [4]

Eine ungebremste Verbreitung des Virus zum schnellen Aufbau einer "Herdenimmunität" würde vor allem die Leben von Hunderttausenden in den überfüllten Gefängnissen und der mehr als 11 Millionen Einwohner der Favelas aufs Spiel setzen. Die Wohnverhältnisse in den Armensiedlungen sind häufig beengt, die Generationen leben eng beieinander, die sanitären Bedingungen sind katastrophal. Eine Isolierung von Risikogruppen ist hier undurchführbar. Tag für Tag haben zahlreiche Menschen in verschiedenen Städten gegen den Präsidenten protestiert, indem sie auf Töpfe und Pfannen schlugen, aus den offenen Fenstern "Bolsonaro weg" und "Mörder" riefen. Als der Machthaber im vergangenen Jahr an seine Grenzen zu stoßen schien, verliefen Massenproteste im Sand. Nun könnte die Coronapandemie Prognosen zufolge Hunderttausende Todesopfer in Brasilien nach sich ziehen. Schwer vorstellbar, daß die Menschen in ihrer Not vergessen, wer durch die Leugnung dieser Gefahr und das Beharren auf eine uneingeschränkt funktionsfähige Wirtschaft maßgeblich zu dieser Eskalation des Verhängnisses beigetragen hat.

Anmerkungen:

[1] www.deutschlandfunk.de/regierung-bolsonaros-brasiliens-kehrtwende-in-der-kultur.1184.de.html

[2] www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/jair-bolsonaro-twitter-loescht-

Helin Bölek - Widerspruchsverschärfung in der Türkei ...

(SB) 6. April 2020 - Der Tod der Musikerin Helin Bölek, die am 3. April 2020 nach 288 Tagen des erklärten Todesfastens in ihrer Wohnung in Istanbul gestorben ist, wurde, wenn überhaupt, in den Medien der Bundesrepublik als vergebliches Kräfteressen zwischen der radikalen Linken und der Regierung der Türkei dargestellt. Vergeblich deshalb, weil Tote nicht kämpfen könnten, hieß es zum Beispiel in einem Bericht des Deutschlandfunks über das tragische Ereignis am 5. April. Helin Bölek war zusammen mit ihrem Bandkollegen Ibrahim Gökcek vor einem Jahr bei einer Razzia in dem Istanbuler Idil-Kulturzentrum, in dem die populäre sozialistische Band Grup Yorum ihren Sitz hat, festgenommen worden. Im Gefängnis traten beide in den unbefristeten Hungerstreik, um die Aufhebung des seit 4 Jahren durchge-

setzten Auftrittsverbots für Grup Yorum, die Einstellung der Angriffe der Polizei auf ihr Kulturzentrum, die Freilassung aller noch inhaftierten Bandmitglieder und die Aufhebung aller Haftbefehle als auch die Einstellung aller Gerichtsverfahren gegen MusikerInnen der Band zu erreichen.

Gegen Grup Yorum erhebt der türkische Staat schon seit vielen Jahren den Vorwurf der Unterstützung der verbotenen marxistisch-leninistischen Revolutionären Volksbefreiungspartei-/Front (DHKP-C). Da die Band als wichtigste und bekannteste linke Musikgruppe der Türkei viele Fans in der Bevölkerung hat, die sich nicht zur radikalen Linken zählen, dient der unbewiesene Vorwurf ganz allgemein der Unterdrückung der sozialen Opposition. Die emanzipatorische wie revolutionäre Linke der Türkei wird vom Erdogan-Regime spätestens seit den Gezi-Protesten 2013 massiv verfolgt, was zur Inhaftierung Zehntausender linker AktivistInnen kurdischer wie türkischer Herkunft geführt hat.

Der Tod von Helin Bölek und ihre Beerdigung, bei der auch ihr stark geschwächter Genosse Ibrahim Gökcek im Rollstuhl zugegen war, der sich seit dem 17. Mai 2019 im Hungerstreik befindet, wurde von öffentlich-rechtlichen Sendern in der Bundesrepublik und weltweit verbreiteten Publikationen wie der britischen Tageszeitung The Guardian [1] durchaus wahrgenommen.

In einigen Berichten über den Kampf Grup Yorum für die Freiheit der Kunst und des politischen Aktivismus fanden auch die Angriffe der Polizei auf die Trauernden Erwähnung. Helin Bölek wurde am 4. April in Anwesenheit Hunderter AktivistInnen auf dem Friedhof Feriköy im Istanbuler Bezirk Sisli beigesetzt. Die Polizei griff die TeilnehmerInnen der Beerdigung mit Wasserwerfern und Tränengas an, am Rande kam es zu mehreren Verhaftungen. Der türkische Staat hat nicht einmal den Abschied der FreundInnen und Angehörigen von Helen Bölek respektiert, sondern den Anlaß genutzt, ein Zeichen vermeintlicher Stärke zu setzen.

Wenn ein Staat es nötig hat, in ihrer Ohnmacht das eigene Leben in die Waagschale werfende Menschen auch noch zu demütigen, nachdem ihr Widerstand in den Tod gemündet ist, dann sagt das vor allem etwas über die unbeugsame Haltung derjenigen aus, deren Andenken damit beschädigt werden soll. Wie Ibrahim Gökcek, der am 24. Februar aus der Haft entlassen worden war, hielt auch die seit November 2019 entlassene Helin Bölek an dem als Todesfasten deklarierten Protest fest. Vermittlungsversuche seitens prominenter VertreterInnen der Zivilgesellschaft [2] prallten an der harten Haltung des Staates ab, nur bei Einstellung des Hungerstreiks mit den Betroffenen zu sprechen. Noch im Februar hatte Helen

Fortsetzung von Seite 7:

zwei-nachrichten-des-brasilianischen-praesidenten-a-60fbb870-f6dc-4585-a671-1dc3ccb4364e

[3] www.n-tv.de/politik/Bolsonaro-ruerdert-in-der-Corona-Krise-zurueck-article21683843.html

[4] www.jungewelt.de/artikel/375603-brasilien-bolsonaro-isoliert-sich.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1690.html>

Bölek öffentlich über die gegen Grup Yorum gerichtete Repression berichtet:

Wir Mitglieder der Grup Yorum sind seit 226 Tagen im Hungerstreik. In den letzten zwei Jahren sind fast alle Mitglieder der Gruppe ohne Beweise und aufgrund anonymer Denunziationen verhaftet und mit Strafandrohungen von bis zu zehn Jahren vor Gericht gestellt worden. Als Beweis wird außer anonymen Aussagen nur ein Album von uns angeführt - ein Album, das ganz legal und unter Aufsicht des Kulturministeriums erschienen ist und in allen Musikläden verkauft wurde, das keinen Straftatbestand erfüllt. [3]

Politische Gefangene sollen keine Stimme haben, das macht die Berichterstattung über Helin Bölek auf Dlf und Deutschlandfunk Kultur an und für sich wertvoll. Wenn allerdings bei dem mehrfach auf der Online-Präsenz beider Sender gezeigten Foto vom offenen Sarg der Musikerin unerwähnt bleibt, daß es sich bei dem in eine Decke gehüllten Mann, der im Rollstuhl an ihrem Sarg sitzt und ein Bild der Verstorbenen im Schoß hält, um ihren Gefährten im Todesfasten, Ibrahim Gökcek handelt, dann ist das ein trauriger Beleg dafür, wie bei aller Beachtung des Geschehens radikaler politischer Widerstand zugleich negiert wird. Unerwähnt blieb in den Berichten deutscher Medien zudem, daß Grup Yorum auch in der Bundesrepublik mit einem faktischen Auftrittsverbot belegt ist [4]. Es wird nicht nur mit Einreiseverboten für aus der Türkei kommende MusikerInnen erwirkt, sondern greift schon bei einfachen Protestveranstaltungen in Form von Verbotsverfügungen [5]. Da unter den

Umständen der Coronapandemie das Abhalten öffentlicher Veranstaltungen und Proteste praktisch unmöglich gemacht wurde, ist nicht damit zu rechnen, daß sich daran absehbar etwas ändert. Politische Solidarität für Grup Yorum wird von keiner der im Bundestag vertretenen Parteien artikuliert, lediglich einzelne Abgeordneter der Linken äußern sich dazu.

Die enge politische Allianz, die die Regierung Merkel mit dem Erdogan-Regime eingegangen ist, verbietet jede Abweichung von der offiziell als Antiterrormaßnahme verkauften Unterdrückung der politischen Linken in der Türkei. Dies wird hierzulande durch die Linie einer zumindest exemplarischen Verfolgung türkischer und kurdischer AktivistInnen nach Paragraph 129 b des Strafgesetzbuches umgesetzt. So werden Mitglieder der kurdischen und türkischen Linken in der Bundesrepublik anhand von Petitionen wie dem Verteilen von Zeitungen oder dem Organisieren von Grup Yorum-Konzerten zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Aufgrund solcher Steigbügelhalterdienste wird man in Berlin Erdogans Entscheidung, 90.000 der mit 300.000 Insassen völlig überbelegten Haftanstalten der Türkei zur Verhinderung der epidemischen Ausbreitung von COVID-19 in den Knästen zu entlassen, aber die rund 50.000 politischen Gefangenen weiterhin festzuhalten, kaum kommentieren. Da sich darunter auch durch Alter und Vorerkrankungen gefährdete Menschen wie Abdullah Öcalan oder HDP-Chef Selahattin Demirtas befinden, geht die AKP/MHP-Regierung das Risiko eines Aufstandes für den Fall ein, daß diese oder an-

dere prominente PolitikerInnen der linken Opposition im Gefängnis ums Leben kommen.

Die Kritik am Todesfasten, das auch viele Linke als zu drastische und gar menschenfeindliche Maßnahme verwerfen, ist der dringend erforderlichen Solidarität mit den Hungerstreikenden eher abträglich. Das läuft auf die weitere Bedeutungslosigkeit noch als links zu bezeichnender Positionen hinaus, was angesichts der Entwicklung des aktuellen Krisenmanagements zum dauerhaften medizinisch begründeten Ausnahmezustand wenig hilfreich ist. Die Zukunft für jede Form sozialer Opposition könnte kaum düsterer aussehen, um so wichtiger bleibt die gegenseitige Unterstützung in Zeiten des Corona-Kapitalismus.

Anmerkungen:

[1] <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/03/banned-turkish-folk-group-member-dies-following-hunger-strike>

[2] <https://www.dw.com/de/inhaftierte-musiker-todesfasten-umgeh%C3%B6rt-zu-werden/a-52337899>

[3] https://www.deutschlandfunkkultur.de/helin-boelek-tuerkische-saengerin-stirbt-nach-hungerstreik.1013.de.html?dram:article_id=474024

[4] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1676.html>

[5] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1658.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1689.html>

Schuldenlast - nur zur Rettung des herrschenden Systems ...

(SB) 6. April 2020 - Die ärmeren Länder verwenden einen erheblichen Teil ihrer Staatseinnahmen darauf, ihre Schulden zurückzahlen. Jetzt haben die beiden Finanzinstitutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) vorgeschlagen, daß die Entwicklungsländer ihren Schuldendienst vorübergehend aussetzen dürfen, damit sie mehr Mittel zur Bekämpfung der Coronaviruspandemie zur Verfügung haben. [1]

Der Vorschlag ist nicht so freundlich gemeint, wie er vorgibt zu sein, zeigt sich darin doch eine bewährte Herrschaftspraxis. Ohne solch ein zeitlich befristetes Entgegenkommen müßten Finanzinstitutionen und Geberländer befürchten, daß bei einem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung überhaupt keine Gelder mehr gezahlt werden und darüber hinaus das gesamte System der Schuldenlast in Frage gestellt wird.

Die ärmeren Länder zahlen jährlich rund 50 Milliarden Dollar an unterschiedliche Gläubiger zurück. Aufgrund der Zinsbelastung übersteigt die bereits zurückgezahlte Summe mancher Schuldner die Höhe des ursprünglichen Kredits. Es findet ein ständiger Finanzabzug vom Globalen Süden statt; zugleich müssen sich die Empfängerländer politisch willfährig zeigen.

In den westlichen Medien meint man plötzlich festzustellen, daß

die Gesundheitssysteme der afrikanischen Staaten ungenügend entwickelt sind, um die Verbreitung der Sars-CoV-2-Pandemie einzudämmen und an Covid-19-Erkrankte zu heilen. Ganz so, als tauche dieses strukturelle Problem erst jetzt auf und gelte nicht schon bei der Bewältigung von HIV/Aids, Tuberkulose, Malaria, Cholera und anderen Infektionskrankheiten. Und ganz so, als habe der ungenügende Aufbau von Gesundheitseinrichtungen nicht auch mit den Forderungen der Geldgeber an die afrikanischen Regierungen zu tun, die ihre staatlichen Zuwendungen reduzieren sollten. Dazu zählt die Verschlankung der Gesundheitssysteme, die Einführung von Schulgeld, die Senkung der Staatsquote, das Streichen staatlicher Subventionen von Energie und Grundnahrungsmitteln und einiges mehr.

Ecuador ist hierfür ein aktuelles Beispiel. Mit wirtschaftsfreundlichen Maßnahmen war es Präsident Lenín Moreno gelungen, einen IWF-Kredit in Höhe von 4,2 Milliarden Dollar zu ergattern. Im März 2020 hat das Land eine Tranche von 320 Mio. Dollar an den IWF zurückgezahlt, und das in einer Zeit, da laut einem Bericht der tageszeitung in der ecuadorianischen Großstadt Guayaquil Leichen von Covid-19-Verstorbenen am Wegesrand liegen bleiben und 400 Leichen nicht aus privaten Wohnungen abgeholt worden sind. [2]

Jahr für Jahr sterben auf dem afrikanischen Kontinent zig Millionen Menschen, weil sie keinen Zugang zu einer adäquaten medizinischen Versorgung haben. Beispielsweise Malawi. Dort leben 18 Mio. Menschen, und das Land hat nur 25 Intensivbetten und 7 Beatmungsgeräte. Auf 100.000 Menschen kommen zwei Ärzte. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze. Vor kurzem wurden in Malawi die ersten drei Sars-CoV-2-Infizierten gemeldet.

Doch wie viele Menschen sind dort schon in den letzten Jahren gestorben, weil nicht die für ihre Erkrankung notwendigen Medikamente und Therapien zur Verfügung standen? Haben IWF und Weltbank alles darangesetzt, daß sich diese desolate Lage unverzüglich ändert? Haben sie Malawi geholfen, ein flächendeckendes Gesundheitssystem nach neuestem Stand der medizinischen Forschung aufzubauen? Nein, nichts dergleichen. IWF und Weltbank sowie, nicht zu vergessen, die hinter ihnen stehenden Regierungen verfolgen ganz andere Interessen. Das schließt nicht aus, daß sie hier und da den Bau eines Krankenhauses finanzieren, aber immer auf der Basis, daß sich ein Land verschuldet und anschließend in einer für die Gläubiger komfortablen Schuldabhängigkeit befindet.

Nun appellieren IWF und Weltbank an die G20-Staaten, die

Rückzahlungsforderungen an die Entwicklungsländer auszusetzen. Das würde den Ländern dabei helfen, unverzüglich Geld für die Bekämpfung des Coronavirusausbruchs freizusetzen. Ist man in den Chefetagen der beiden Finanzunternehmen auf einmal menschenfreundlich geworden? Wohl kaum.

In den Entwicklungsländern lebt ein Viertel der Weltbevölkerung. Sollten dort einige Staaten kollabieren, könnte das die sowieso absehbare, weltweite Rezession auslösen oder vertiefen. Dann würde offenbar werden, daß es vielleicht doch Alternativen zu dem auf Geld und Tausch beruhenden Wirtschaftssystem gibt und die - vermeintlich freie - Marktwirtschaft an der Frage der Grundsicherung aller Menschen gescheitert ist.

Reihenweise wird zur Zeit der bislang vorherrschende Marktli-

beralismus durch den Staat "korrigiert". Da besteht vom Standpunkt der Profiteure der bestehenden Ordnung die Gefahr, daß Forderungen nach planwirtschaftlichen Maßnahmen - Bevorratung von Atemschutzmasken, Desinfektionsmitteln und Beatmungsgeräten wären nur der Anfang - auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden. Außerdem stehen auf einmal Fragen im Raum wie, warum die Mieten so exorbitant hoch sind und ob nicht Wohnen zur Grundversorgungsleistung eines Staats gehören sollte.

IWF und Weltbank wurden nur deshalb zu ihrem gemeinsamen Appell bewegt, weil durch das Coronavirus grundlegende gesellschaftliche Veränderungen eintreten könnten, die auch vor dem gegenwärtig bevorzugten Geschäftsmodell nicht haltmachen. Es ist sicherlich gut, wenn die Entwicklungsländer unverzüglich mehr Geld zur Verfügung haben

und dieses in den Aufbau ihrer Gesundheitssysteme und die Bekämpfung der Coronaviruspandemie stecken. Besser wäre es jedoch gewesen, wenn dies schon vor langer Zeit geschehen wäre. Das war jedoch unter anderem von jenen Institutionen hintertrieben worden, die sich nun für ein Aussetzen der Schuldentrückzahlung aussprechen.

Anmerkungen:

[1] [worldbank.org/en/news/statement/2020/03/25/joint-statement-from-the-world-bank-group-and-the-international-monetary-fund-regarding-a-call-to-action-on-the-debt-of-ida-countries](https://www.worldbank.org/en/news/statement/2020/03/25/joint-statement-from-the-world-bank-group-and-the-international-monetary-fund-regarding-a-call-to-action-on-the-debt-of-ida-countries)

[2] <https://taz.de/Corona-im-Globalen-Sueden/!5673605/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1371.html>

MEDIZIN / GESUNDHEITSWESEN / AUSLAND

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Chile: Der Abgeordnete Hirsch fordert die Aufhebung der steigenden Gesundheitskosten während der Corona-Pandemie

Nachricht aus der Redaktion Chile vom 5. April 2020

Der Abgeordnete der Humanistischen Partei Chiles, Tomás Hirsch, stellte einen Gesetzesentwurf vor, mit dem die Preiserhöhung für ISAPREs (Sozialversicherungseinrichtungen [1]) während des durch die COVID-19-Pandemie ausgerufenen Katastrophenzustandes ausgesetzt werden soll.

Er erläuterte: "Ich habe beschlossen, diesen Gesetzesentwurf vorzulegen, um die Preise für ISAPREs während des Katastrophenzustandes einzufrieren. Wir sind an der Grenze der Unverschämtheit angekommen."

Genauer gesagt, soll die Initiative die den ISAPREs verliehene Befugnis [2] die Gesundheitspläne ihrer Mitglieder anzupassen, während der Dauer des Katastrophenzustands aussetzen. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, dass ISAPREs ihren Mitgliedern die

seit dem ersten April geltende Erhöhung zurückerstatten.

Diesbezüglich sagte Tomás Hirsch: "Ich habe mich entschieden, diesen Gesetzesentwurf vorzulegen, um die Preise für ISAPREs während des Katastrophenzustands einzufrieren. Wir sind an die Grenze der Unmoral gestoßen, die die Gesundheit der Chilen*Innen und ihre Verzweiflung zu einem Geschäft für einige wenige macht."

"Die Preiserhöhung der ISAPREs inmitten der COVID-19-Pandemie ist unethisch und spiegelt wider, indem das, was eigentlich ein Grundrecht sein sollten, zu einem Geschäft gemacht wird. Dies ist das Modell, das uns in diesem Land auferlegt wurde."

Die Übersetzung aus dem Spanischen wurde von Susanne Grönsfeld vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt.

Anmerkungen:

[1] private Versicherungsgesellschaften, die für die Bereitstellung von Gesundheitsfinanzierung, Leistungen und Versicherungsdienstleistungen im Land zuständig sind

[2] Dekret mit Gesetzeskraft N°1 des Gesundheitsministeriums von 2005

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 - <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

MEDIZIN / GESUNDHEITSWESEN

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Ecuador

Guayaquil: Leichen können nicht bestattet werden

In Ecuador wurden 120 an Covid-19 Verstorbene registriert. Aus der Provinz Guayas mit der Provinzhauptstadt Guayaquil wurden 2.243 positive Fälle und 82 Tote gemeldet.

(Lima, 2. April 2020, Servindi) - Geschlossene Bestattungsinstitute, Leichen in den Straßen. Angst davor, sich mit dem neuartigen Coronavirus zu infizieren. So sieht es zur Zeit in der zweitgrößten ecuadorianischen Stadt Guayaquil aus, die zum Wuhan Lateinamerikas werden könnte.

In Guayaquil ist der erste positive Fall des neuen Coronavirus in Ecuador aufgetaucht. Es handelte sich um eine in Spanien lebende Ecuadorianerin, die am 14. Februar über den internationalen Flughafen José Joaquín de Olmedo nach Guayaquil eingereist ist. Nachdem sie Fieber und andere Symptome gezeigt hatte, wurde bei ihr am 29. Februar Covid-19 diagnostiziert. Daraufhin ordnete die damalige Gesundheitsministerin Catalina Andramuño an, 80 Personen nachzuverfolgen, mit denen die Patientin in Kontakt war.

Am 16. März wurden in Ecuador bereits 58 positiv mit dem Coronavirus getestete Personen registriert. Davon wurden 28 aus Guayaquil gemeldet, neun in Ba-

bahoyo, acht in der Hauptstadt Quito, vier in Durán und jeweils ein Fall in anderen Städten.

In seinem neuesten Bericht vom 2. April hat das ecuadorianische Gesundheitsministerium 3.163 positive Corona-Fälle und 120 an Covid-19 Verstorbene registriert. Insgesamt sind 9.604 Personen getestet worden. Aus der Provinz Guayas mit der Hauptstadt Guayaquil wurden 2.243 positive Fälle und 82 Tote gemeldet.

Über 2.000 Tote in Guayas befürchtet

Angesichts der steigenden Zahlen von Infizierten und Verstorbenen hat Präsident Lenin Moreno eine Sondereinheit eingerichtet, die das Einsammeln der Leichen koordinieren soll. Diese Einheit wird von Jorge Wated geleitet. Auf einer Pressekonferenz [1] erklärte Wated, die Zahl der insgesamt geborgenen Leichen sei von 30 auf 150 pro Tag gestiegen. Die Einheit arbeite daran, dass "jede Person würdig und in Einzelgräbern bestattet" werde. "Die Gesundheitsexperten haben uns leider gesagt, dass sie in den kommenden Monaten von 2.500 bis 3.500 (an Covid-19) Verstorbenen allein in der Provinz Guayas ausgehen. Darauf bereiten wir uns vor", so Wated.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur EFE seien die Bestattungsinstitute mit ihrer Arbeit überfordert. Selbst die kleinsten Unternehmen "weigern sich, diese Arbeit durchzuführen, aus Angst, sich anzustecken, weil die Todesursache unbekannt ist. Problematisch ist zudem, dass es landesweit ab 14.00 eine tägliche, 15-stündige Ausgangssperre gibt, was die Bearbeitung der Todesfälle erschwert. Das soll mit einer Ausdehnung der Arbeitszeiten für bestimmte Berufe gelöst werden", so die Nachrichtenagentur.

Wie die Agentur AFP berichtet [2], befinden sich vor den öffentlichen und privaten Gesundheitszentren zahlreiche Bürger*innen, die die Herausgabe der Leichen ihrer Angehörigen fordern, sowie

Kranke, die darauf warten, behandelt zu werden. Zudem mehren sich die Beschwerden, dass die Zahl der tatsächlich Verstorbenen höher liege als offiziell angegeben.

Anmerkungen:

[1] <https://youtu.be/kzvduDCF8bo>

[2] https://www.youtube.com/watch?v=go3ZGYgIXtk&feature=emb_err_watch_on_yt

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/arbeitsgesundheit/guayaquil-leichen-koennen-nicht-bestattet-werden/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weiter-

gabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/gesund/m3al2576.html>

NATURWISSENSCHAFTEN / TECHNIK / RAUMFAHRT

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Guatemala

Griff nach den Sternen

von Martin Reischke

Guatemala hat einen eigenen Kleinsatelliten für Forschungszwecke ins All gebracht. Der Würfel mit dem Namen "Quetzal-1" soll Guatemala in ein neues Zeitalter katapultieren.

(Guatemala-Stadt/Berlin, 27. März 2020, npla) - KiboCube - auf Deutsch "Würfel der Hoffnung" - heißt ein Programm, mit dem Japan und die Vereinten Na-

tionen finanzschwache Länder ohne eigenes Weltraumprogramm unterstützen. Sie können so eigene Kleinsatelliten für Forschungszwecke ins All bringen - zum Beispiel Guatemala.

Nur zehn Zentimeter Kantenlänge hat der Würfel mit dem Namen "Quetzal-1", der Guatemala in ein neues Zeitalter katapultieren soll. Schon Anfang März ist der nach

dem guatemalteckischen Nationalvogel benannte Kleinsatellit an Bord einer Trägerrakete vom US-Weltraumbahnhof Cape Canaveral zur Internationalen Raumstation ISS gereist. Bald wird er im All ausgesetzt werden - von dort soll er Aufnahmen von guatemalteckischen Flüssen, Seen und Meeresoberflächen machen. Mit den Bildern lässt sich der Chlorophyllgehalt der Gewässer bestim-

men und damit deren Verschmutzungsgrad. "Ein solcher Satellit ist sehr nützlich, weil man mit ihm die natürlichen Ressourcen besser verwalten kann", erklärt Luis Zea, Weltraumingenieur und Co-Direktor des Projekts. "Man kann Oberflächenveränderungen auf der Erde erkennen, die z.B. durch Waldbrände, Abholzung oder eben die Verschmutzung von Gewässern verursacht werden."

Weil für Länder des globalen Südens die Entwicklung und Nutzung von Kleinsatelliten bisher meist zu teuer ist, hat das Büro für Weltraumfragen der Vereinten Nationen UNOOSA (United Nations Office for Outer Space Affairs) in Wien die "Access to Space 4 All"-Initiative ins Leben gerufen, die auch weniger finanzstarken Staaten den Weg in den Weltraum ebnen soll.

Das Entwicklerteam von der Universidad del Valle in Guatemala glaubte anfangs allerdings kaum daran, dass ihr Kleinsatellit "Quetzal-1" es tatsächlich einmal in den Weltraum schaffen würde. "Wir haben das eher als langfristiges akademisches Projekt gesehen, weil wir überhaupt nicht das nötige Budget für den Start eines Minisatelliten hatten, denn der kostet schnell einmal 100.000 US-Dollar", erinnert sich Luis Zea.

Doch die Forscherinnen und Forscher aus dem kleinen zentral-amerikanischen Land hatten Glück: Sie bewarben sich mit ihrem Projekt um die Teilnahme am KiboCube-Programm, einer der Fördermöglichkeiten der "Access to Space 4 All"-Initiative - und erhielten eine Zusage. Die Kosten

für den Start des Satelliten werden nun vom UN-Büro UNOOSA sowie der japanischen Weltraumagentur JAXA übernommen, die den Satelliten mit ihrem in der Internationalen Raumstation ISS installierten Kibo-Modul - einer Art Roboterarm - ins All bringen soll.

Internationale Förderung als Qualitätssiegel

Mit dem KiboCube-Programm will UNOOSA nicht nur die Einstiegshürde für die Entsendung von Kleinsatelliten senken, sondern auch das Wissen um Design und Konstruktion von Weltraumtechnik fördern. In Guatemala wurde dieses Ziel mit der Entwicklung von "Quetzal-1" bereits erreicht: Mehr als 100 Professor*innen, Studierende und Freiwillige von der Universidad del Valle de Guatemala waren in den vergangenen Jahren an der Entwicklung des Satelliten beteiligt. Die Teilnahme am KiboCube-Programm gab dem Team nicht nur finanziellen Rückenwind. "Die internationale Förderung war für uns auch eine Art Qualitätssiegel und hat uns gezeigt, dass wir international mithalten können", erläutert Co-Direktor Luis Zea.

Auch wenn Kleinsatelliten für viele Industriestaaten längst zum Alltag zählen, haben Zea und sein Team von Studierenden der Universidad del Valle in Guatemala mit der Entwicklung des "Quetzal-1" Neuland betreten. Denn trotz der Förderung durch das KiboCube-Programm fehlte es den Wissenschaftler*innen nicht nur an ausreichendem Budget, sondern auch an Erfahrung mit der Entwicklung eines Satelliten.

Selbst von der guatemaltekischen Regierung gab es keine finanzielle Unterstützung. Doch das Team machte aus der Not eine Tugend: Wo andere Universitäten teure Spezialteile einfach einkaufen können, entwickelten die Forscher*innen der Universidad del Valle die meisten Komponenten einfach selbst.

Keine finanzielle Unterstützung von der Regierung

Schon 2014 hatte die Gruppe um den guatemaltekischen Weltraumingenieur mit dem Projekt begonnen. Die Studierenden entwarfen das Design und entwickelten das komplexe technische Innenleben von "Quetzal-1". Der nun fertige Satellit gehört zur Klasse der so genannten CubeSats, die sich aus einer oder mehreren würfelförmigen Baueinheiten von nur zehn Zentimeter Kantenlänge zusammensetzen.

Als die Trägerrakete mit dem Kleinsatelliten Anfang März am Cape Canaveral an den Start ging, war Luis Zea, der heute an der University of Colorado in den USA arbeitet, natürlich mit dabei. Später dann, wenn "Quetzal-1" von der Internationalen Raumstation ISS aus auf die Erdumlaufbahn gebracht wird, wird das Entwicklerteam im Kontrollzentrum an der Universidad del Valle in Guatemala gespannt darauf warten, welche Informationen der Satellit an die Erde sendet. Doch neben der technologischen Entwicklung geht es bei dem Projekt noch um etwas anderes: "Wir wollen die Mentalität der Menschen ändern, indem wir ihnen zeigen, dass auch wir in einem Entwicklungsland wie Guatemala

la all die Dinge erreichen können, die für die entwickelten Staaten längst selbstverständlich sind", sagt Weltraumingenieur Luis Zea.

Quetzal-1 zeigt: Auch ein Entwicklungsland kann viel erreichen

Tatsächlich ist Guatemala in ganz Zentralamerika nach Costa Rica erst das zweite Land, das einen eigenen Satelliten in den Orbit schickt. Doch auch für Länder des globalen Südens ohne eigene Satellitenprogramme gibt es schon heute Möglichkeiten, im Welt- raum erfasste Daten zu nutzen. Zum Beispiel über das UN-Programm SPIDER - eine Plattform der Vereinten Nationen für raum- fahrtgestützte Informationen für Katastrophenmanagement und Notfallmaßnahmen (Space- based information for Disaster Management and Emergency Response).

"Unsere Mission ist es, den Entwicklungsändern das Know-How zu vermitteln, damit diese Satellitenbilder der Industrienationen nutzen und auswerten können", erklärt Juan Carlos Villagrán, der Direktor von UN-SPI- DER. Das Programm greift auf europäische oder US-amerikanische Satellitendaten zurück, zum Beispiel aus dem europäischen Erdbeobachtungsprogramm Copernicus. Doch auch wenn der Zugang zum Programm kostenlos ist und jedem Land offensteht - bevor die Satellitendaten sinnvoll verwendet werden können, müssen die lokalen Stellen weiterge- bildet werden.

"Die Katastrophenschutzbehörden haben keine Erfahrung im

Umgang mit diesen Anwendun- gen, sie wissen nicht, wie man die Satellitendaten verwenden kann, und deshalb müssen wir sie dafür sensibilisieren", sagt Villagrán. Also organisiert er Workshops, um dem Behördenpersonal zu zeigen, wie man aus den Satelli- tenbildern wichtige Daten gewin- nen kann. Auch Guatemala nutzt die Satellitendaten, die UN-Spi- der bereitstellt - zuletzt zum Bei- spiel, um die Folgen eines verhee- renden Vulkanausbruchs im ver- gangenen Jahr besser abschätzen zu können.

Für Guatemala ist aber auch das eigene Satellitenprogramm mit dem Start von "Quetzal-1" kei- neswegs beendet. Denn zum Ge- winner der aktuellen Runde des KiboCube-Programms wurde das zentralamerikanische Integri- onssystem SICA (Sistema de In- tegración Centroamericana) ge- kürt - eine Art EU Mittelameri- kas. Die Organisation will nun einen eigenen Kleinsatelliten ent- wickeln, um Waldbrände in der Region besser beobachten und dokumentieren zu können. Mit dabei sind Ingenieure der zwei zentralamerikanischen "Satelli- ten-Nationen": Costa Rica - und natürlich Guatemala.

Zu dem Artikel gibt es einen Podcast:

<https://www.npla.de/thema/umwelt- wirtschaft/griff-nach-den-sternen/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/umwelt- wirtschaft/griff-nach-den-sternen-2/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weiter-

gabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerika- nischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/ infopool/natur/technik/ ntra1030.html>

Kooperationspartner



poonal

Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>



Pressenza

Reto Thumiger
E-Mail: redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

RELIGION / CHRISTENTUM / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Corona als "Strategie Satans und der Medien"

von Niklas Franzen

Kirchen sind genauso wichtig wie Krankenhäuser, finden Brasiliens Evangelikale. Wie der rechte Präsident Bolsonaro schimpfen sie auf die Schließungen.

(São Paulo, 1. April 2020, taz) - Kirchen, poltert Silas Malafaia in einem dreiminütigen Video-clip, seien genau so wichtig wie Krankenhäuser. Täglich kommentiert der bekannteste Pastor Brasiliens per Webcam das Geschehen und sendet aus seinem Arbeitszimmer in Rio de Janeiro die frohe Botschaft in die Welt. Fast eine Million Menschen haben seinen Youtube-Kanal [1] abonniert. Dass Kirchen aufgrund der Corona-Krise geschlossen wurden, ist für Fromme wie Malafaia ein Skandal. Die Debatte ist zum Politikum geworden.

Im größten katholischen Land der Welt haben evangelikale Kirchen seit Jahren regen Zulauf. Laut Berechnungen werden die Evangelikalen im Jahr 2032 die Mehrheit der Bevölkerung stellen. An fast jeder Straßenecke finden sich mittlerweile die kleinen Kirchen, oft reichen ein paar Plastikstühle und ein Mikrofon mit Boxen für ihre lautstarken und emotionalen Predigten.

Die Bibeltreuen rücken zusammen

Ähnlich wie in den USA gibt es jedoch auch riesige, hochmoderne Prestigebauten. Im Salomon-Tempel in São Paulo, der sogar einen eigenen Hubschrauberlandeplatz und ein TV-Studio hat, beten mehr als 10.000 Gläubige in Stadionatmosphäre. Die Gemeinden nehmen auch zunehmenden politischen und gesellschaftlichen Einfluss und haben mit einem Zusammenschluss streng-gläubiger Abgeordneter eine parteiübergreifende Interessenvertretung im Kongress.

In Zeiten der Corona-Krise rücken die Bibeltreuen zusammen. Per Dekret wurde in vielen Bundesstaaten der Ausnahmezustand verhängt und Kirchen geschlossen. Während einige Gemeinden ihre Pforten vorübergehend schlossen und nun Online-Gottesdienste anbieten, ziehen andere gegen die Maßnahmen offensiv ins Feld - mit Pastor Malafaia an der Spitze.

Alle großen evangelikalen Kirchen haben Bolsonaro unterstützt

"In dieser Pandemie werden keine Krankenhäuser die Menschen

beruhigen, sondern die Religionen", erklärt Malafaia, Gründer der "Versammlung Gottes", in einem seiner Videos. Unverantwortlich sei es Kirchen zu schließen, da sie den Menschen wichtige emotionale Unterstützung leisteten. Erst nach einem Gerichtsbeschluss ließ er die Türen seiner landesweit vertretenen Kirchen schließen.

Rückendeckung bekommen die Evangelikalen von Präsident Jair Bolsonaro. Dieser brachte ein Dekret auf den Weg, das Kirchen als "notwendige Dienstleistungen" einstuft. Das Dekret wurde nach kurzer Zeit von der Justiz kassiert, doch die Message Bolsonaros war angekommen: Ich stehe hinter euch.

"Bei der letzten Wahl haben alle großen evangelikalen Kirchen gemeinsam einen Kandidaten unterstützt - nämlich Bolsonaro. Das gab es zuvor noch nie", sagt Andrea Dip, Investigativ-Journalistin des Enthüllungsmediums Agência Pública [2], der taz.

Bolsonaro, der eigentlich katholisch ist, hatte im Wahlkampf die Nähe zu den Evangelikalen gesucht. Er ließ sich medienwirksam im Jordan [3] taufen, war umjubelter Stargast bei evangelikalen Veranstaltungen und wurde

von Pastor Malafaia mit seiner dritten Ehefrau vermählt. Durch diesen Schachzug konnte sich Bolsonaro die Unterstützung vieler armer Brasilianer*innen sichern. Denn die Freikirchen sind mit ihren Heilsversprechen, charismatischen Predigern und spektakulären Megagottesdiensten gerade in den vom Staat vernachlässigten Randgebieten beliebt.

Gegen Kommunismus, Homosexualität und Feminismus

Malafaia und Co. inszenieren sich gerne als Anwälte der Armen. "Das ist ein Marketing-Trick und der einfachste Weg, um neue Mitglieder zu gewinnen", sagt die Journalistin Dip, die ein Buch über den Einfluss der Evangelikalen geschrieben hat. In der aktuellen Corona-Krise stellen sich die Pastoren selbstbewusst hinter Präsident Bolsonaro, der mit Hinblick auf die drohende Rezession eine Rückkehr zur Normalität gefordert hatte. Viele Expert*innen rechnen mit einer Gesundheitskatastrophe für das größte Land Lateinamerikas, sollten keine Isolationsmaßnahmen ergriffen werden.

Andere Pastoren, wie der ebenfalls landesweit bekannte Edir Macedo [4], nutzen die Krise geschickt für ihre Zwecke. Der Gründer der Universalkirche des Königreichs Gottes sagte nicht nur, dass Corona eine "Strategie Satans und der Medien" sei, um die Menschen in Panik zu versetzen. Macedo erklärte auch, dass der Glauben die beste Medizin gegen das Virus sei.

Paulo Junior ging noch weiter: Der Pastor aus São Paulo schwa-

dronierte, Europa sei das Epizentrum der Pandemie, weil es ein "post-christlicher Kontinent" sei und dort "Atheismus, Islamismus und Homosexualismus" herrsche. Laut Dip stehe hinter solchen Aussagen eine klare Taktik. "Die Kirchen haben drei große Feinde: Kommunismus, Homosexualität und Feminismus", sagt die Journalistin. "Sie benutzen alles, was sie als Munition dagegen bekommen können - nun eben das Corona-Virus."

Und auch finanzielle Interessen treiben viele Pastoren an. Da die überwiegende Mehrheit der Gläubigen zehn Prozent ihres Einkommens als Abgabe entrichtet, sind die Kirchen auch ein enormer ökonomischer Faktor. Sie stehen schon lange im Verdacht, ihre Mitglieder schamlos auszubeuten und Gelder zu veruntreuen.

In der aktuellen Corona-Krise, die von den Evangelikalen als "Plage" bezeichnet wird, beziehen sich viele Pastoren auf Stellen in der Bibel, in denen Gott Menschen gegen Opfergaben von Sünden freispricht. Die Botschaft vieler Kirchen in der Pandemie: Wenn ihr uns bezahlt, kriegt ihr kein Corona. Einige Kirchen boten sogar Gottesdienste zur Massenimmunisierung mit einem "heiligen Öl" an.

Anmerkungen:

[1] <https://www.youtube.com/user/SilasMalafaiaOfficial>

[2] <https://apublica.org/>

[3] <https://www.npla.de/thema/tagespolitik/brasilien-ueber-alles-und-gott-ueber-allen/>

[4] <https://www.npla.de/thema/tagespolitik/das-evangelische-megaunternehmen-das-zusammen-mit-bolsonaro-die-macht-uebernehmen-will/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/arbeitsgesundheit/corona-als-strategie-satans-und-der-medien/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/religion/christen/rclat096.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

WELTANSCHAUUNG / MEINUNGEN / STANDPUNKT

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin
Nachricht aus der Redaktion Italien vom 2. April 2020*

Corona-Krise:

Gesundheit ist ein universelles Recht, das über dem Profit steht

*#UniversellesRechtAufGesundheit - Gesundheit vor Profit -
Über den Gesetzen des Marktes und der Finanzspekulation*

Aus verschiedenen Teilen der Welt haben einige Humanisten über den gegenwärtigen Zeitpunkt nachgedacht und diese Kampagne, die von Pressenza unterstützt wird, ausgearbeitet.

Gesundheit ist ein universelles Recht.

Es muss über den Gesetzen des Marktes und der Finanzspekulation stehen.

Mit diesem Appell antworten wir auf die Verantwortung, die wir jetzt alle übernehmen müssen. Wir werden all unsere Kräfte einsetzen, um diese Krise zu überwinden. Und wir werden dies nach bestem Wissen und Gewissen tun: zu Hause bleiben, unsere Arbeit fortsetzen, wenn nötig, denjenigen, die sich in Schwierigkeiten befinden, auf jede erdenkliche Weise helfen. Wir werden verantwortungsbewusst handeln und versuchen, die Menschen um uns herum ebenfalls von unserer gemeinsamen Verantwortung zu überzeugen.

Wir werden auch dann noch Verantwortung übernehmen, wenn diese schwere Zeit vorbei ist, und

wir werden die Konsequenzen aus der Katastrophe ziehen müssen, für die Millionen von Menschen zahlen werden - zusätzlich zum Verlust so vieler Betroffener unter unmenschlichen Bedingungen - mit sehr ernststen Folgen für unsere Gesundheitssysteme und die Wirtschaft.

Aber wir fordern auch von Euch, unseren Volksvertretern, den Menschen, denen wir wichtige Entscheidungen übertragen haben und denen wir auch unser eigenes Leben und das unserer Lieben anvertrauen, dass Ihr Eure Verantwortung wahrnehmt.

Wir sind nicht naiv, und wir wissen genau, dass wir hier nicht nur einen Unfall erleben, der passiert ist, sondern den Preis für völlig falsche Prioritäten und inakzeptable Entscheidungen zahlen.

Die Gesundheit der Menschen, die wissenschaftliche Forschung und das Leben selbst wurden anderen Dingen untergeordnet: dem Markt, finanziellen Entscheidungen und der Huldigung wirtschaftlicher Parameter, die nichts mit dem Wohlergehen der Gemeinschaft zu tun haben.

Dieser Virus hat die Widersprüche, die wir erleben, nicht geschaffen, sondern uns nur geholfen, sie zu erkennen. Heute sind die Konsequenzen offensichtlich. Es ist nunmehr klar, dass die Mechanismen, die unsere Gesellschaft bisher geregelt haben, nicht unser Wohlergehen garantieren und sogar unser Überleben bedrohen.

Die Schwierigkeiten, der Mangel an Koordination, die Langsamkeit und die Unentschlossenheit, mit denen unsere Regierungen auf diese Notlage reagiert haben, haben uns deutlich gezeigt, wie sehr ihnen die Hände durch die Märkte, das Finanzsystem und die Erpressung durch die globale Wirtschaft gebunden sind. Uns zu sagen, dass dies unvermeidlich sei, bedeutet das Eingeständnis, dass unsere Demokratie nicht funktioniert. Und das ist inakzeptabel, unmoralisch und gegen die menschliche Entwicklung. Wir fordern, dass unsere Regierungen die Interessen der Menschen und nicht die der Märkte vertreten.

Wir erkennen die Fehler an, die wir gemacht haben. Naiv dachten wir, dass wenn wir bestimmte

wirtschaftliche Konzepte befolgen und uns einem erpresserischen "freien" Markt unterwerfen, dies uns vor der Situation bewahren würde, in der sich bereits Millionen von Menschen in den sogenannten Entwicklungsländer befinden. Aber heute, angesichts dieser Krise, angesichts der Gefahr neuer Kriege, neuer möglicher Pandemien und ökologischer Katastrophen, erkennen wir, dass sich niemand sicher fühlen kann, wenn nicht das Wohlergehen aller gewährleistet ist, ebenso wie wir erkennen, dass es keine voneinander getrennten Völker mehr gibt, sondern nur eine große Menschheitsfamilie.

Die Solidarität untereinander, die gegenseitige Hilfe zwischen Menschen, Regionen und Staaten, zeigt die Richtung, in die wir uns bewegen müssen.

Wir werden uns nicht länger von Hasskampagnen manipulieren lassen, die nur dazu dienen, uns zu spalten.

Keiner von uns ist isoliert, keiner von uns ist entbehrlich und niemand kann sich alleine retten.

Der Fortschritt für einige wenige ist letztlich der Fortschritt von niemandem.

Wir fordern daher alle Regierungen unserer Länder dazu auf, unverzüglich:

- alle nur möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um diese Krise zu überwinden, indem dieser absolute logistische und wirtschaftliche Priorität eingeräumt wird, bis die Gefahr überwunden ist. Das menschliche Leben ist der wichtigste Wert von allen.

- die Strukturen des öffentlichen Gesundheitswesens angemessen und dauerhaft zu stärken, damit sie unseren tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen. Ihr Funktionieren darf nicht länger an Produktivität gemessen werden, sondern an ihrer Fähigkeit, die öffentliche Gesundheit und die Prävention zu verbessern. Diese Stärkung sollte sich auch auf Forschung und Ausbildung von Personal erstrecken.

- massive, angemessene und nicht rückzahlbare Mittel bereitzustellen, um Einzelpersonen, Familien und produzierende Unternehmen zu unterstützen, die durch diese Krise stark betroffen sind. Diese Mittel dürfen unter keinen Umständen durch neue Kürzungen der Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen kompensiert werden, sondern müssen aus dem Vermögen aufgebracht werden, das sich in den letzten Jahrzehnten in den Händen einiger weniger Personen, Banken und Hedgefonds konzentriert hat. Zum Beispiel durch die Besteuerung von spekulativen Investitionen und die Besteuerung von großen Unternehmen, die derzeit in den Ländern, in denen sie tätig sind, keine Steuern zahlen. Es ist dringend notwendig, andere Haushaltsposten zu kürzen, wie z.B. Militärausgaben, insbesondere Auslandsmissionen und Anschaffung neuer Gerätschaften und Ausrüstungen.

- einen von der UNO verwalteten internationalen Notfallfond zu schaffen zur Unterstützung der wirtschaftlich schwächsten Länder (wie z.B. Subsahara-Afrika), in denen diese Pandemie die verheerendsten Folgen zu haben droht. Diese Hilfe darf auf keinen

Fall in neue Schulden umgewandelt werden.

Was uns betrifft, so werden wir nicht länger nur passive Zuschauer sein.

Wir haben das Bedürfnis verspürt, zusammenzukommen und uns selbst tief im Inneren zu begegnen. Wir haben das Wesentliche im Leben wiederentdeckt und wir werden es zur Grundlage unserer neuen Existenz machen. Wir werden unsere Prioritäten ändern und unsere besten Bestrebungen kultivieren. Wir sind viele, aus allen Generationen und Kulturen, und unsere Stärke wird so groß sein, dass es nicht mehr möglich sein wird, uns zu ignorieren.

"Wir sind am Ende einer dunklen historischen Epoche und nichts wird so bleiben, wie es war. Nach und nach nähert sich die Morgendämmerung eines neuen Tages; die Kulturen werden beginnen, sich zu verständigen; die Völker werden eine zunehmende Sehnsucht nach Fortschritt für alle spüren, und zwar aus der Erkenntnis heraus, dass der Fortschritt für ein paar wenige in einem Fortschritt für niemanden endet. Ja, es wird Frieden geben, und man wird aus einer Notwendigkeit heraus verstehen, dass eine universelle menschliche Nation bereits am Entstehen ist."
Silo - 2004

Humanisten für #Universelles-RechtAufGesundheit
Kontakt zur Unterstützung der Kampagne und für weitere Informationen:
salutedirittouniversale@gmail.com

Die Übersetzung aus dem Italienischen wurde von Francesco Alimena vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
 Pressenza - Büro Berlin
 Reto Thumiger
 E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
 Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/weltan/meinung/wmsp0034.html>

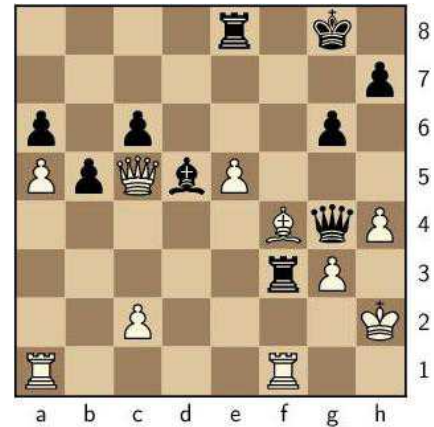
SCHACH - SPHINX

Kerker der Schicksalsgöttinnen

(SB) - Der Neid ließ ihm kaum Luft zum Atmen. Immer wieder und wieder hatte er vergebens sich in seiner Kammer darauf vorbereitet, seinem großen Rivalen einen Denkkzettel verpassen zu können. Am Brett versagten ihm in häßlichster Regelmäßigkeit die Nerven. Der andere war einfach nicht zu schlagen. Eine Logik, die er nicht begriff, schien jenem zur zweiten Haut geworden zu sein. Daß er ihn insgeheim bewunderte, ja die Wahl seiner Züge für musenhaft inspiriert hielt, konnte er sich allerdings nicht eingestehen. Viel zu sehr brannte in ihm die Mißgunst. So gingen die Jahre dahin und sein Groll wuchs und wuchs, konnte nicht gelindert

werden, da der andere immer dort Erfolge feierte, wo er zum Scheitern verdammt war. Unser Schachfreund kam nie auf den Gedanken, daß es eben gerade dieser Neid war, der sein Gehirn blockierte, seine Denkfähigkeit herabsetzte. Hätte er sich nur für einen einzigen Moment in Besonnenheit hingesezt und überlegt, welchen Nutzen er selbst aus dem Spiel des anderen für sich ziehen könnte, vielleicht wäre aus ihm mehr geworden als ein knurrender Hund der Selbstzerfleischung. Eine menschliche Tragödie, im Grunde die einzige, die einen Menschen daran hindert, Grenzen zu überschreiten: Stets muß er sich in Konkurrenz definieren. Dies ist ja auch weniger schwierig als der Schritt in das Dunkel neuer Potentiale. Also, Wanderer, dumm ist stets ein anderes Wort für 'gescheit sein wollen', und die Unterscheidung, die daraus resultiert, nun, sie führt in den schlimmsten Kerker der Schicksalsgöttinnen. Im heutigen Rätsel der Sphinx ist Lernstoff enthalten. Wer nicht neidet, wächst zumindest im Vermögen, andere Schritte einzuleiten als die der selbstgewählten Enge. Schwarz besaß eine hervorragende Angriffsstellung, und er wußte sie als solche auch einzusetzen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07233.html>



Epstein - Veroci
 Lipeck 1968

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Schwarz durfte vor Opfern nicht zurückschrecken, um das Remis zu bewahren. Daher spielte er 1...e6-e5!! 2.Ld4xe5 Kf7-e6 3.Le5-d4 Ke6-d5 4.Ld4-f2 Kd5-e4 5.Kh2-g3 Le2-b5 6.h3-h4 Ke4-e5 7.h4-h5 Lb5-e2 8.Kg3-h4 Ke5-e6 und rettete den halben Punkt. Weiß konnte aus seinen beiden Mehrbauern keinen Nutzen ziehen, zum Beispiel 9.Kh4-g5 Le2-d1 - solange die Bauernformation g4-h5 besteht, mußte der schwarze Läufer die Diagonale d1-h5 im Auge behalten - 10.h5-h6 Ld1-c2! oder 9.g4-g5 Ke6-f5 10.g5-g6 Le2-d1 11.g6-g7 Ld1-b3 usw.

Täglich eine neue Schach-Sphinxunter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml



Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe

mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.

Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:

MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

MA-Verlag

Redaktion Schattenblick

Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth

Telefon: 04837 / 90 26 98

E-Mail: redaktion@schattenblick.de

Internet: www.schattenblick.de

Schattenblick Wochendruckausgabe

- fassen, lesen und begreifen -

- 1 BÜRGER/GESELLSCHAFT - MEINUNGEN: Immobilienwirtschaft an den Kosten der Corona-Krise beteiligen (Pressenza)
- 3 BÜRGER/GESELLSCHAFT: Rüstungsmilliarden ins heruntergewirtschaftete Gesundheitssystem umleiten (Pressenza)
- 4 POLITIK - AUSLAND: Brasilien - Bolsonaro, das Coronavirus und der Amazonas (poonal)
- 5 POLITIK - KOMMENTAR: Corona, Brasilien - erst kleingeredet, dann mißbraucht ...
- 8 POLITIK - KOMMENTAR: Helin Bölek - Widerspruchsverschärfung in der Türkei ...
- 10 POLITIK - MEINUNGEN: Schuldenlast - nur zur Rettung des herrschenden Systems ...
- 11 MEDIZIN: Chile - Hirsch fordert Aufhebung der steigenden Gesundheitskosten während der Corona-Pandemie (Pressenza)
- 12 MEDIZIN: Ecuador - In der Provinzhauptstadt Guayaquil können Tote nicht bestattet werden (poonal)
- 13 NATURWISSENSCHAFTEN - TECHNIK: Guatemala - Griff nach den Sternen (poonal)
- 16 RELIGION - CHRISTENTUM: Brasilien - Corona als "Strategie Satans und der Medien" (poonal)
- 18 WELTANSCHAUUNG: Corona-Krise - Gesundheit ist ein universelles Recht, das über dem Profit steht (Pressenza)
- 20 SCHACH-SPHINX: Kerker der Schicksalsgöttinnen
- 22 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 07. April 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 7. April 2020

Vorhersage für den 07.04.2020 bis zum 08.04.2020



© 2020 by Schattenblick

Nur wenig Wind,
der Himmel kühl
und sonnenblind
nach Jeans Gefühl.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.